

„Entlassung ist Enteignung!“ Politisierung der Gewerkschaftsarbeit in der Wirtschaftskrise

Die gewerkschaftliche Orientierung in der aktuellen Wirtschaftskrise lässt sich unter dem Schlagwort „Entlassungen verhindern!“ zusammenfassen. Diese Orientierung kann unter den gegebenen Bedingungen aufrecht erhalten werden, so lange die Hoffnung besteht, dass sich die Auslastung der Betriebe in einem durch Kurzarbeit überbrückbaren Zeitrahmen so stark verbessert, dass die Menschen wieder beschäftigt werden können - und dies trotz der weiter voranschreitenden Rationalisierungseffekte. Eine Diskussion, die von pessimistischeren Annahmen ausgeht, würde den Unternehmensleitungen die Begründung für Entlassungen liefern. Schon aus diesem Grund widersprechen Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter nur zaghaft den von den Bundestagswahlkämpfern genährten Aufschwungphantasien. Niemand will sich in die Rolle des Miesepeters begeben.

Wenn die weiteren Krisenfolgen vorwiegend darin bestehen werden, dass der Gesetzgeber zum Abbau des Staatsdefizits Steuern erhöht und die angekündigten „brutalen Einschnitte“ im Bundeshaushalt beschließt, wird sich die gewerkschaftliche Politik im Rahmen der bisherigen Argumentations- und Handlungsmuster bewegen können. Wenn aber nach der Bundestagswahl 2009 die Krise über die prekären Ränder der Leiharbeiter und Befristeten hinaus weiterfrisst und die Stammebelegschaften direkt von Massenentlassungen bedroht sein werden, wird es darauf ankommen, dass die Gewerkschaft Aktionsformen entwickelt und Ziele formuliert hat, die den Betroffenen eine Orientierung bieten, nicht zuletzt um der Gefahr einer rechtsradikalen Massenstimmung entgegenzuwirken: der Gesetzgeber soll veranlasst werden Instrumente zu schaffen, mit denen die wirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise beherrscht werden können, ohne dass es zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit kommt. Die Option von Entlassungen, als eine Variante freier unternehmeri-

scher Entscheidung, muss wirksam eingeschränkt werden, mindestens so lange bis die Folgen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft unter Kontrolle gebracht sind. Daraus könnte sich ein auf das Äußerste zugespitzter gesellschaftlicher Konflikt entwickeln, zwischen jenen, die auf die Unvereinbarkeit dieser Zielsetzung mit den Grundsätzen der Marktwirtschaft verweisen, und den Beschäftigten, die sich im Rahmen gewerkschaftlicher Aktionen dagegen wehren zum Opfer der Finanzmarktkrise zu werden. Aber der Gesetzgeber hat bereits, durch die Stützung der Finanzwirtschaft, massiv in die Marktwirtschaft eingegriffen, weil er offensichtlich davon ausgegangen ist, dass der Schock der Finanzmarktkrise das System insgesamt gefährdet. Übertragen auf den Arbeitsmarkt muss argumentiert werden, dass ein kollabierter Arbeitsmarkt seine Fähigkeit verliert den wirtschaftlichen Strukturwandel zu verarbeiten und dass damit ebenfalls eine existentielle Voraussetzung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft zerstört wird.¹

Eine solche Orientierung würde eine Politisierung der Gewerkschaftsarbeit erfordern, mit Ausdrucks- und Aktionsformen, die heute noch nicht zum Repertoire der Gewerkschaften in Deutschland gehören. Ein Resonanzboden unter den ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären hierfür ist ansatzweise vorhanden, der sich jedoch in widersprüchlicher Form zeigt. Nach einer sehr breit angelegten Mobilisierung für eine Demonstration am 14. Mai 2009 in Ulm („Entlassungen verhindern - Krisenfolgen mit sozialen Mitteln bewältigen - Wirtschaft sozial gestalten“) mit Berthold Huber

¹ Eine Forderung an den Gesetzgeber könnte beispielsweise anknüpfen an die Bestimmungen des Kündigungsschutzgesetzes über anzeigepflichtige Entlassungen und über die „Entlassungssperre“. Allerdings müsste dann die Kompetenz und Zugriffsmöglichkeit der Arbeitsagentur bzw. des Ausschusses für anzeigepflichtige Entlassungen deutlich erweitert und die Frist einer Entlassungssperre über das Jahr 2010 hinweg ermöglicht werden.

als Kundgebungsredner wurden Ortsvorstandsmitglieder und Vertrauenskörperleiter aus 22 Betrieben systematisch befragt. Neben Einschätzungen über die Gründe für Erfolge oder Misserfolge bei der Mobilisierung, sollte festgestellt werden, wie nach Auffassung der Befragten die Beschäftigten zu einer weiteren Politisierung der Gewerkschaftsarbeit stehen. Dabei wurde von der Überlegung ausgegangen, dass für die Vermittlung der gewerk-

schaftlichen Politik die Aufnahme und Verarbeitung dieser Themen durch die Betriebsräte und Vertrauensleute ausschlaggebend ist.

Mit der nachfolgenden Darstellung der Befragung der ehrenamtlichen Funktionäre und der Beschreibung der Erfahrungen mit der Demonstration soll aufgezeigt werden, von welchen Voraussetzung eine Diskussion über die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit auszugehen hat.



Die Demonstration am 14. Mai 2009

Die eisigen Vorboten der schweren Wirtschaftskrise waren in der Region Ulm bereits zu einem frühen Zeitpunkt sehr hart zu spüren. Der gewerkschaftspolitisch bedeutendste Betrieb im Bereich der IG Metall Ulm - hier waren im Boom bis zu 500 befristet Beschäftigte und über 350 Leiharbeiter aufgebaut worden - entledigte sich dieses Personals innerhalb weniger Monate bis Anfang 2009.

Im Bereich der IG Metall Ulm waren bereits im März 2009 fast 6.200 Beschäftigte (von ca. 40.000 in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie) persönlich in die Kurzarbeit einbezogen. Über 2.000 Leiharbeiter hatten innerhalb der Monate um den Jahreswechsel 2008/2009 ihren Arbeitsplatz in der Metall- und Elektroindustrie verloren.

Nachdem sich das Ausmaß der Wirtschaftskrise in Umrissen abzeichnete, diskutierte der Ortsvorstand, auf welcher Weise - über das kurzfristige und pragmatische Handeln zur Beschäftigungssicherung im Unternehmen hinaus - die IG Metall gesellschaftspolitisch auf die Entwicklung reagieren sollte. Kern der Diskussion war die Gefahr einer drohenden politischen Desorientierung der Beschäftigten, wenn diese massenhaft von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Die allgemeine Empörung über die Machenschaften der Manager der Finanzwirtschaft sollte aufgegriffen und konkrete Konsequenzen eingefordert werden.

In der Delegiertenversammlung der IG Metall Ulm am 11. März 2009 wurde eine Entschlie-ßung verabschiedet. Der Titel der Entschlie-

ßung lautete „Entlassungen verhindern - Krisenfolgen mit sozialen Mitteln bewältigen - Wirtschaft sozial gestalten“. Es wurde zu einer Demonstration am 14. Mai 2009 in Ulm aufgerufen.

Die Demonstration hatte in der Form und in der Dimension keine Vorläufer im Organisationsbereich der IG Metall Ulm²:

(a) die Beschäftigten sollten, außerhalb eines Tarifkonflikts (also während der laufenden Friedenspflicht) aufgerufen werden die Betriebe zu verlassen und an einer Demonstration und Kundgebung teilzunehmen;

(b) es handelte sich zu diesem Zeitpunkt nicht um eine Solidaritätsaktion für eine unmittelbar von Entlassungen bedrohten Belegschaft und

(c) der Adressat der Aktion war diffus:

- „die Öffentlichkeit“,
- „die Arbeitgeber“, die durch öffentlichen Druck gewarnt werden sollten zum Mittel von Entlassungen zu greifen,
- „die Politiker“, die die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften bei ihrem Kampf gegen Entlassungen unterstützen sollten,
- „die Banken“ und ihre Manager, die nachdem sie das Desaster angerichtet hatten, jetzt dafür zu sorgen hätten, dass den Unternehmen die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden um deren Zusammenbruch zu verhindern.

Weit mehr als die angestrebten 4.000 verließen am 14. Mai die Betriebe. Nicht alle sind zum Ulmer Münsterplatz gekommen, wo die Auftaktkundgebung stattfand. Direkt zu Beginn der Demonstration setzte ein sintflutartiger Wolkenbruch ein, der die Demonstrationsstrecke in einen knöcheltiefen Bach verwandelte und viele Teilnehmer verjagte.

² Aussagen bei der Eröffnung der Kundgebung: „Entlassung ist Enteignung. Entlassung ist Enteignung zum Schaden (...) der Allgemeinheit. Wer dem Menschen den Arbeitsplatz nimmt, raubt ihm eine wesentliche Grundlage seiner Selbstbestimmung, seiner autonomen Lebensgestaltung. (...) Entlassungen werden sich nicht in der Anonymität (...) nicht in der Abgeschlossenheit der Industriegebiete vollziehen. Die Art und Weise, wie diese Krise in unserer Gesellschaft bewältigt wird, ist eine öffentliche Angelegenheit. Wir werden diesen Konflikt in den Betrieben und in der Öffentlichkeit austragen.“

Die Diskussion danach und der Versuch einer systematischen Auswertung

Die Medien berichteten sehr positiv. Die Südwestpresse Ulm kommentierte unter der Überschrift: „Massenprotest: (...) Die Sorge auf die Straße zu tragen, gibt der Misere ein Gesicht. (...) Der Neoliberalismus muss abdanken und mit ihm der Rückzug ins Private. Es ist alles andere als eine Privatsache, wenn ganze Belegschaften nicht wissen, ob sie nach der Krise noch einen Arbeitsplatz haben oder nicht.“ (Südwestpresse Ulm 16.05.09)

Die spontane Einschätzung der Betriebsräte und Vertrauensleute, die die Mobilisierung für diese Aktion getragen hatten war uneinheitlich. Teilweise gab es lautstark geäußerte Enttäuschung über die nicht zufriedenstellende Teilnahme von Beschäftigten und Mitgliedern. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die IG Metall mit dieser Demonstration ein weiteres Strohfeuer abgebrannt habe. In der Vergangenheit seien oftmals, nach einer politischen Mobilisierung Aktivitäten zum Stillstand gekommen. Ausgehend von den Hauptamtlichen der IG Metall Ulm wurde eine systematische Befragung von Vertretern der für die Mobilisierung zur Demonstration besonders wichtigen Schwerpunktbetriebe durchgeführt. Befragt wurden Mitglieder des Ortsvorstandes bzw. des örtlichen Vertrauensleuteausschusses und verantwortliche Vertreter aus anderen Betrieben. Mit der Befragung sollten Erkenntnisse über Voraussetzungen für die Fortsetzung einer „Politisierung“ der Gewerkschaftsarbeit in der Krise gewonnen werden.

Vertreter aus 22 Betrieben mit knapp 25.300 Beschäftigten und gut 11.100 Mitgliedern waren in die Befragung einbezogen. Aus 11 Betrieben (rund 2/3 der Beschäftigten und Mitglieder) wurde die Einschätzung geäußert, dass die Teilnahme aus dem eigenen Betrieb niedriger gewesen sei, als dies nach bisherigen Erfahrungen bei gewerkschaftlichen Aktivitäten zu erwarten gewesen wäre. Weder habe es an der Mobilisierung und der Überzeugungsarbeit durch Betriebsräte und Vertrauensleute gefehlt, noch habe die Geschäftsführung Druck ausgeübt, um die Teilnahme der Beschäftigten zu behindern. In einigen Fällen wurde darauf verwiesen, dass die langfristige, durch Kurzarbeit bedingte Abwesenheit aus dem Betrieb, die Überzeugungsarbeit erschwert habe.

Die Vertreter aus 11 Betrieben (rund 1/3 der Beschäftigten und Mitglieder) gaben an, dass die Teilnahme aus dem Betrieb höher lag als nach den bisherigen Erfahrungen zu erwarten war. Gründe dafür wurden in einer intensiveren Mobilisierung gesehen. Die Funktionäre seien hoch motiviert gewesen. Die Tatsache, dass der IG Metall Vorsitzende Berthold Huber als Redner angekündigt war, habe die Mobilisierung unterstützt. Auch das öffentliche Auftreten des Ulmer Oberbürgermeisters Ivo Gönner wurde positiv genannt.

Die Rückmeldung der Teilnehmer auf die Veranstaltung selbst war fast durchweg positiv. Wenn überhaupt wurde allenfalls über die zu geringe Teilnahme aus dem eigenen Betrieb Unzufriedenheit geäußert.

Die Vertreter der Schwerpunktbetriebe wurden gefragt, ob nach ihrer Auffassung die Mitglieder und Beschäftigten eine weitere Politisierung der Gewerkschaftsarbeit eher ablehnen oder sie dies von der IG Metall ausdrücklich erwarten. Als politische Inhalte wurden im standardisierten Fragebogen vorgegeben: „Die für die Krise Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Ursachen der Krise müssen beseitigt werden, indem die politischen Rahmenbedingungen verändert und die Wirtschaft einer stärkeren Kontrolle unterzogen wird.“ Aus 6 Betrieben (1/5 der Beschäftigten und der Mitglieder) wurde eine überwiegend ablehnende Haltung zur weiteren Politisierung geäußert. Begründet wurde dies damit, dass Politik in diesem Sinn keine Kernaufgabe der Gewerkschaften sei bzw. dass die Gewerkschaften zu schwach wären, um solche Positionen durchsetzen zu können. Die Vertreter aus 16 Betrieben (mehr als 4/5 der Beschäftigten und der Mitglieder) meinten, dass die Beschäftigten eine weitere Politisierung erwarten und wollen dies vorantreiben, auch wenn eine solche Polarisierung das Risiko von Austritten aus der Gewerkschaft nach sich ziehen könnte. Allerdings wird in einer verstärkten Politisierung eher eine Chance zur Mitgliedergewinnung gesehen.

Aufschlussreich ist, was die Teilnehmer auf die Frage antworteten, welche Inhalte nach ihrer persönlichen Auffassung im Rahmen einer „politisierten“ Gewerkschaftsarbeit vertreten werden sollten und in welcher Form sich eine solche Gewerkschaftsarbeit ausdrücken könnte. Zwar wurde in der Diskussion auf Aktionsformen in Frankreich verwiesen (Generalstreik, Verkehrsblockaden, Geiselnahme von Mana-

gern) und es wurde der Gedanke geäußert, dass eine Radikalisierung von Kampfformen auch in Deutschland nicht auszuschließen sei, wenn Massenentlassungen in großem Umfang nicht verhindert werden könnten. Mit den eigenen Vorschlägen blieben die Befragten aber vollständig im Rahmen der konventionellen gewerkschaftlichen Praxis in Deutschland. Vielfach kam zwar moralische Entrüstung zum Ausdruck, doch wird keine über die Grenzen der bisherigen wirtschaftlichen Ordnung hinausgehende Schlussfolgerung gezogen.

Trotz des uneinheitlich entwickelten Resonanzbodens muss jetzt die Entscheidung getroffen werden, welche Rolle die Gewerkschaften im weiteren Verlauf der Krise einnehmen wollen. Die Vorbereitung der Organisation auf extrem verschärfte gesellschaftliche Konflikte wird so lange ein einsames Geschäft sein, bis die Krise auf dem Arbeitsmarkt eskaliert. Doch auch dann bleibt ungewiss, ob die empörten, von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen sich durch die von den Gewerkschaften getragenen Aktionen angesprochen fühlen. Aber die Organisation muss darauf vorbereitet sein.



Reinhold Riebl
1. Bevollmächtigter
IG Metall Ulm



Christoph Dreher
Gewerkschaftssekretär
IG Metall Ulm